

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1567
der Abgeordneten Ursula Nonnemacher
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/3891

„Flughafenverfahren“

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1567 vom 30.08.2011:

Das sog. Flughafenverfahren (§ 18a AsylVfG) gilt für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten sowie für ausweislose Asylbewerber, die über einen Flughafen einreisen wollen und bei der Grenzbehörde um Asyl nachsuchen. Hier wird das Asylverfahren vor der Einreise im Transitbereich des Flughafens durchgeführt, wofür die Ausländer dort untergebracht werden.

Wohlfahrtsverbände und Menschenrechtsorganisationen haben das Flughafenverfahren von Anfang an scharf kritisiert und die Abschaffung gefordert. Trotz anhaltender öffentlicher Kritik wurden aber im Kern nie Veränderungen am Verfahren vorgenommen.

Da der Flughafen Schönefeld zu einem Flughafen mit internationaler Bedeutung ausgebaut wird, sind Veränderungen bzgl. der Flughafenverfahren zu erwarten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Veränderungen werden bzgl. des Flughafenverfahrens auf dem neuen Willi-Brandt-Flughafen Schönefeld im Vergleich zum bisherigen Flughafenverfahren auf dem Flughafen Schönefeld erwartet?

- a) in Bezug auf die Anzahl der Betroffenen
- b) in Bezug auf die betroffenen Personengruppen

2. Wie erfolgt die Unterbringung der betroffenen Personen?

Datum des Eingangs: 26.09.2011 / Ausgegeben: 04.10.2011

- a) Welche Räumlichkeiten werden für die Betroffenen bereitgestellt?
- b) Welche sonstigen Einrichtung stehen ihnen zur Verfügung?
- c) Wer betreibt die Unterbringung?

3. In welcher Form haben die folgenden Personengruppen Zugang zu den Betroffenen:

- a) RechtsanwältlInnen
- b) Unabhängige BeraterInnen
- c) Verwandte und FreundInnen
- d) Andere UnterstützerInnen / Menschenrechtsorganisationen
- e) DolmetscherInnen
- f) Presse

4. Wie erfolgt die medizinische Versorgung der Betroffenen?

5. Was geschieht mit Personen, denen nach einem negativen Abschluss des Flughafenverfahrens die Einreise verweigert wird? Wie lange können diese Personen maximal auf dem Flughafengelände festgehalten werden?

6. Welche Auswirkungen haben aus Sicht der Landesregierung europäische und internationale Rechtsvorschriften, insbesondere die Aufnahmerichtlinie (RL 2003/9/EG) und die UN-Kinderrechtskonvention auf die Durchführung des Flughafenverfahrens?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welche Veränderungen werden bzgl. des Flughafenverfahrens auf dem neuen Willi-Brandt-Flughafen Schönefeld im Vergleich zum bisherigen Flughafenverfahren auf dem Flughafen Schönefeld erwartet?

- a) in Bezug auf die Anzahl der Betroffenen
- b) in Bezug auf die betroffenen Personengruppen

Zu Frage 1a:

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geht unter Berücksichtigung der prognostizierten Passagierzahlen von jährlich bis zu 300 Fällen nach § 18 a des Asylverfahrensgesetzes aus.

Zu Frage 1b:

Hinsichtlich der betroffenen Personengruppen liegen weder Erkenntnisse noch Prognosen vor.

Frage 2

Wie erfolgt die Unterbringung der betroffenen Personen?

- a) Welche Räumlichkeiten werden für die Betroffenen bereitgestellt?

- b) Welche sonstigen Einrichtungen stehen ihnen zur Verfügung?
- c) Wer betreibt die Unterbringung?

Zu Frage 2a:

Die Flughafen Berlin Schönefeld GmbH hat dem Land Brandenburg zugesichert, rechtzeitig zur Eröffnung des neuen Flughafens „geeignete Unterkünfte“ im Sinne von § 65 des Aufenthaltsgesetzes zur Verfügung zu stellen. Das hierfür zu errichtende Gebäude wird Unterbringungsmöglichkeiten für bis zu 30 Personen bieten. Neben Schlaf- bzw. Wohnräumen wird es unter anderem Freizeiträume, Kinderspielzimmer und einen Gebetsraum enthalten.

Zu Frage 2b:

Für den Außenbereich ist eine Freifläche mit Kinderspielplatz und Sportgeräten vorgesehen.

Zu Frage 2c:

Verantwortlich für den Betrieb wird die Zentrale Ausländerbehörde des Landes Brandenburg sein. Die Versorgung und Betreuung der Ausländer wird durch ein vertraglich gebundenes Dienstleistungsunternehmen erfolgen.

Frage 3

In welcher Form haben die folgenden Personengruppen Zugang zu den Betroffenen:

- a) RechtsanwältlInnen
- b) Unabhängige BeraterInnen
- c) Verwandte und FreundInnen
- d) Andere UnterstützerInnen / Menschenrechtsorganisationen
- e) DolmetscherInnen
- f) Presse

Zu Frage 3a-e:

Den genannten Personengruppen wird grundsätzlich ungehindert Zugang gewährt werden.

Zu Frage 3f:

Der Besuch von Pressevertretern ist wie bisher jeweils mit der Pressestelle des Ministeriums des Innern abzustimmen.

Frage 4

Wie erfolgt die medizinische Versorgung der Betroffenen?

Zu Frage 4:

Die medizinische Versorgung erfolgt durch in der Region niedergelassene Ärzte. Soweit eine notwendige Behandlung nur außerhalb der Einrichtung möglich ist (durch einen Facharzt oder stationär), wird die Begleitung dorthin durch die hierfür zuständige Bundespolizei organisiert.

Frage 5

Was geschieht mit Personen, denen nach einem negativen Abschluss des Flughafenverfahrens die Einreise verweigert wird? Wie lange können diese Personen maximal auf dem Flughafengelände festgehalten werden?

Zu Frage 5:

Nach § 18a Abs. 6 des Asylverfahrensgesetzes muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über einen Asylantrag binnen zwei Tagen entscheiden. Gegen die ablehnende Entscheidung kann innerhalb von drei Tagen vorläufiger Rechtsschutz beim Verwaltungsgericht beantragt werden. Dieses muss binnen 14 Tagen entscheiden. Verwehrt das Gericht den vorläufigen Rechtsschutz, liegt das weitere Verfahren in ausschließlicher Zuständigkeit der Bundespolizei. Diese wird eine unverzügliche Rückführung veranlassen. Ist dies nicht möglich, muss für einen über insgesamt 30 Tage hinausgehenden Aufenthalt nach § 15 Abs. 6 des Aufenthaltsgesetzes ein richterlicher Beschluss eingeholt werden, der auch die Unterbringung in einer Hafteinrichtung vorsehen kann. Der nach richterlichem Beschluss mögliche Freiheitsentzug richtet sich hinsichtlich der Dauer nach § 62 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes.

Frage 6

Welche Auswirkungen haben aus Sicht der Landesregierung europäische und internationale Rechtsvorschriften, insbesondere die Aufnahmerichtlinie (RL 2003/9/EG) und die UN-Kinderrechtskonvention auf die Durchführung des Flughafenverfahrens?

Zu Frage 6:

Unter Berücksichtigung des Umstandes, dass während der Unterbringung im Transitbereich die Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist und der Aufenthalt in der Regel auf wenige Tage beschränkt ist, werden alle gesetzlich verankerten Rechte gewährt werden. Dies gilt auch für unbegleitete minderjährige Asylbewerber.